Im Juli 2010

Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Kreisgruppe Steinfurt
Seniorenvertreter (APS)

Senioren–News

==========

☎ (0 5971) 7744
✉ jo-paschke@t-online.de
j.paschke@dgb-rheine.de

Alle News-Ausgaben sind nachzulesen unter: www.gdp-steinfurt.de/senioren

Neue Krankenkassenbeiträge ab 2011

Die Koalition hat sich nach monatelanger Diskussionen zur neuen Krankenkassenreform geeinigt. Diese sieht vor, dass der Beitragssatz im kommenden Jahr von 14,9 auf 15,5 Prozent steigt. Somit sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen belastet werden.
Mitte 2009 lag der Beitragssatz bereits bei 15,5 Prozent, wurde dann aber durch zusätzliche Steuerzuschüsse reduziert.
Der Arbeitgeberbeitrag wird nach der Vereinbarung anschließend bei 7,3 Prozent festgeschrieben. Die Mehrkosten haben die Versicherten zu tragen.
Außerdem können die gesetzlichen Krankenkassen von ihren Mitgliedern künftig Zusatzbeiträge in *unbegrenzter Höhe* erheben, also eine Lizenz zum Kassieren.
Die Versicherten zahlen drauf.
Der bisherige Deckel bei 1 Prozent des Bruttoeinkommens wird verschwinden. Die bisherige Obergrenze von 8 Euro ohne Einkommensprüfung fällt auch weg. Die Kassen dürfen unbegrenzt kassieren. Kostensteigerungen werden allein durch die Zusatzbeiträge abgedeckt. Bei den Versicherten hat sich Protest bereits angemeldet.
Es ist jedoch ein Sozialausgleich vorgesehen, wonach für die Zusatzbeiträge eine Grenze bei 2 % des jeweiligen Brutto-Einkommens liegt.
Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag des Versicherten diese Grenze, so wird der Mehrbetrag aus Steuermitteln finanziert.
Während die SPD (Karl Lauterbach) und der DGB (Annette Buntenbach) dieses Programm so ablehnen, wird es von der CDU (Jens Spahn) befürwortet.

Pflegeversicherung und Heimunterbringung

Kurz dazu eine Anmerkung.
Immer wieder werde ich gefragt, wie Kollegen versichert sind, wenn sie in ein Pflegeheim kommen.
Die heutigen Kosten im Pflegeheim übersteigen bei weitem die Erstattungsbeträge, die durch die Pflegeversicherungen bei Beihilfe und eventueller privater Zusatzversicherung geleistet werden.
Hier reichen die Pension und die eventuelle Rente der Ehefrau für den zu zahlenden Restbetrag nicht aus.

Zur weiteren Veranschaulichung habe ich ein Infoblatt als Anzeige der PVAG im Anhang beigefügt.

Pressemeldung des GdP-Landesbezirks zum Thema "Schimmelschnitzel sind kein Einzelfall".

Düsseldorf. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert als Konsequenz aus dem Mettmanner Schimmelskandal,
dass die Privatisierung der Einsatzverpflegung rückgängig gemacht wird. "Dass in Mettmann verschimmelte Schnitzel an Polizeibeamte ausgegeben worden sind, ist kein Zufall. Ähnliche Vorfälle können sich jeder Zeit

auch in anderen Polizeibehörden wiederholen", warnte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Peter Hugo.
Erst Anfang Juni waren bei einem Stadtfest in Wuppertal ungenießbare Buletten an die Polizisten verteilt worden. "Die Polizei muss die Einsatzküchen wieder selbst übernehmen, bevor es zu ernsthaften Sicherheitsproblemen kommt, weil unsere Kolleginnen und Kollegen reihenweise wegen Lebensmittelvergiftung, fehlender Getränke
bzw. unhygienischer Verpackung ausfallen", fordert Hugo.

Bereits im Vorfeld des Mettmanner Schimmelskandals hatte die GdP wiederholt auf die massiven Qualitätsprobleme bei der Einsatzverpflegung hingewiesen. Nach Erkenntnissen der GdP entspricht die
von den privaten Dienstleistern gelieferte Einsatzverpflegung nicht den Anforderungen, die sich aus der Arbeitssituation und der Arbeitsbelastung der Polizei ergeben. Zudem hat die Privatisierung der Einsatzküchen der Polizei zu erheblichen Mehrkosten geführt, für die der Steuerzahler aufkommen muss.
"Privat vor Staat ist nicht billiger, sondern schlechter. An der Rückführung der Einsatzverpflegung in einen Eigenbetrieb der Polizei führt deshalb kein Weg vorbei", sagte Hugo.

Als Sofortmaßnahme müssten die Polizeibehörden zudem die Möglichkeit bekommen, selber wieder zu entscheiden, bei welchem Caterer sie die Verpflegung für die Einsatzkräfte bestellen.
Seit Ende April ist das für jede Behörde nur noch bei einem vom Innenministerium bestimmten Lieferanten möglich.

Leserbrief

„Hallo Jo,
danke für Deine Mitteilungen.
Zur Gesundheitspauschale kann ich Dir keine qualifizierte Äußerung machen, da ich dafür nicht gut genug die Fakten kenne. (Zum Glück bin ich bei der SPuKa in Münster Mitglied. Hier haben wir die Verwaltungskosten einigermaßen im Griff).
Die Krankheitskosten für unsere, immer älter werdende Gesellschaft, werden wohl teuer werden.
Die Politik wird wohl in absehbarer Zeit nicht an die vielen Krankenversicherungen (über 150 in der BRD ?)
herangehen. Dort könnte man viel sparen. Der Vorstandschef bekommt 150.000,- € Jahresgehalt und mehr. Dazu steht ihm ein Auto mit Fahrer zu; Toll.
Außerdem möchte ich mal erleben, dass die Ärzte alle Rechnungen zunächst über die Patienten zur Kasse schicken müssen. Betrügereien bei den Abrechnungen wären dann zu Ende.

Den Artikel in der "Deutschen Polizei" von Anton Wiemers zum Thema "Steuergerechtigkeit" habe ich gelesen.
Da er mir sehr gut gefallen hat, habe ich dies in einer Mail an die Zeitschrift auch schon zum Ausdruck gebracht“.

Hannes Küper aus Schöppingen, vormals KK Steinfurt.

.

Bitte beachtet zum Thema linke Gewalt (Linksextremismus)

Auf der GdP-Homepage http://www.gdp.de hat die Internet-Redaktion die Pressemeldung des Bundesinnenministeriums sowie die Vorabfassung des Verfassungsschutzberichtes 2009 in den aktuellen GdP-Pressetext als Download-Links eingebettet.

Online-Beratung für Behinderte

Eine neue Form der Beratung bietet der Caritasverband Emsdetten-Greven für Menschen mit körperlichen, geistigen oder Hörbehinderungen und deren Angehörige an. Hier kann man auch unverbindlich, unkompliziert und unverbindlich anonym seine Probleme und Sorgen schildern und sich von der Seele reden oder schreiben.
Und das alles kostenlos.

Die Kontakt-Adressen und Telefonanschlüsse sind:
www.beratung-caritas.de
oder über einen Link des Caritasverbandes www.caritas-emsdetten-greven.de,
sowie E-Mail: cv.emsd-greven-meyer@t-online.de
und Tel. 02572/157-0 od. Fax 02572/15747.

Weiter so war gestern !

Euer
GdP-Ansprechpartner für Senioren
-Jo. Paschke-